

Wohnungsbau in München

Hinterherhecheln ist sinnlos

Kommentar "[Wer schon wohnt, hat leicht reden](#)" vom 9. Januar:

Dominik Hutter schreibt in seinem Kommentar: "Der Staat kann seinen Bürgern nicht vorschreiben, wo sie zu wohnen haben". Von "vorschreiben" ist keine Rede - jedoch davon, dass der Staat - die Bundes-regierung genauso wie der Freistaat Bayern - über Jahrzehnte ihre Pflicht vernachlässigt haben, "überall in Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen". Dies wäre ein wesentlicher Grundsatz unseres demokratischen Systems und sowohl im Grundgesetz (Art. 72 GG) als auch in der bayerischen Verfassung (Art. 25a) festgeschrieben.

Die Vernachlässigung des ländlichen Raumes und die Tatsache, dass München ständig neue Gewerbeflächen ausweist, ständig neue Arbeitsplätze schafft, ist der Grund für den starken Zustrom nach München und der Grund für Wohnraummangel und -verteuerung (Push- und Pull-Faktoren). Und der Glaube daran, dass man nur genug Wohnungen bauen müsse, dann würden die Mieten fallen. Das Gegenteil ist nämlich der Fall: durch exzessives Bauen werden die Wohnungen in München nicht billiger, sondern teurer, denn die Fläche innerhalb der Stadt ist begrenzt. Je mehr davon zugebaut wird, umso knapper wird dieses Gut, und je knapper ein Gut, umso teurer wird es.

Aus diesem Grund sind auch die Mieten in großen, dicht bebauten Metropolen wie London, Paris oder Tokio um ein Vielfaches teurer als bei uns in München, und auf dem flachen Land sind sie wesentlich billiger als hier. Um den Zuzugsdruck auf München abzumildern, ist es nötig, endlich die Ursachen dafür zu bekämpfen: Stärkung des ländlichen Raumes (verkehrliche und kulturelle Infrastruktur, Breitbandanschluss für schnelles Internet, bessere ärztliche Versorgung, Schaffung von Arbeitsplätzen...).

München braucht Wohnungen, jedoch ausschließlich bezahlbare: Wohnungen für städtische Angestellte, für Krankenschwestern, Erzieher/innen, Polizisten. München braucht sozialen Wohnungsbau, genossenschaftliche-, städtische Wohnungen, Erbbaurecht, die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe und eine viel längere Sozialbindung bei den vergebenen Sozialwohnungen.

Teure Wohnungen, Spekulationsobjekte ("Betongold") braucht München nicht.*Sonja Sachsinger, München*

Süddeutsche Zeitung